

Für höhere und sichere Renten!

Die Rente muss den Lebensstandard sichern und vor Armut schützen!

Am 24. September 2017 DIE LINKE wählen!

Arbeitsmappe für die Rentenkampagne bis zur Bundestagswahl

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir wollen die Bundestagswahl zu einer Abstimmung für höhere und sichere Renten machen! Die Rente muss durch eine deutliche Erhöhung des Rentenniveaus wieder den Lebensstandard sichern. Die Rente erst ab 67 wollen wir rückgängig machen und eine solidarische Mindestrente von 1.050 Euro einführen!

In allen Kreisverbänden haben in den letzten Monaten Informationsveranstaltungen und Infostände zur Rentenpolitik stattgefunden. Wir bitten Euch, nun nachzulegen, damit in ganz Hessen jede*r weiß: **Nur eine Stimme für DIE LINKE ist eine sichere Stimme für höhere und sichere Renten!**

Konkret bitten wir Euch:

■ **Straßenaktionen mit dem Titel „Wo ist Oma?“ in möglichst vielen Orten durchzuführen!**

Eine Beschreibung und Fotos der Aktion im Kreisverband Frankfurt findet Ihr in dieser Arbeitsmappe! Die Aktion macht nicht nur Spaß, sondern ermöglicht viele Gespräche mit Passantinnen und Passanten!

■ **Gewerkschaften und Sozialverbände zu Podiumsdiskussionen zur Rentenpolitik einzuladen**

In manchen Kreisverbänden haben solche Podiumsdiskussionen bereits stattgefunden. Sprecht Gewerkschaften und Sozialverbände vor Ort einfach an. Falls Eure Direktkandidat*innen nicht an der Podiumsdiskussion teilnehmen können, findet Ihr in dieser Arbeitsmappe eine Liste möglicher Referent*innen.

Und noch eine letzte Bitte: Schickt uns Fotos und Berichte von Euren Veranstaltungen und Aktionen, damit wir sie auf der Landeshomepage dokumentieren können!

Mit kämpferischen Grüßen!

Achim Kessler

Landesvorstand DIE LINKE. Hessen
Sozialpolitischer Sprecher

An Material seht Euch dafür zu Verfügung:

1. Argumente für eine sichere Rente für alle auf der Grundlage einer solidarischen Rentenversicherung!
2. Neuauflage des Flugblatts des Landesverbandes, 30.000 Stück
3. Vorschlag für die Straßenaktion „Wo ist Oma?“
4. Musterpresseerklärung zur Ankündigung der Straßenaktion
5. Liste von Referentinnen und Referenten für Podiumsdiskussionen mit Gewerkschaften und Sozialverbänden
6. Eindruckplakat „Das muss drin sein!“ des Landesverbandes zur Ankündigung der Veranstaltungen, 500 Stück, bitte in der Landesgeschäftsstelle anfordern!
7. Musterpresseerklärungen zur Ankündigung der Podiumsdiskussionen.

DIE LINKE.

LANDESVERBAND HESSEN

Allerheiligentor 2-4, 60311 Frankfurt am Main
Tel.: 069-706502

Mail: landesvorstand@die-linke-hessen.de

www.die-linke-hessen.de

1. Sichere Renten für alle! – Argumente für eine sichere Rente für alle auf der Grundlage einer solidarischen Rentenversicherung

Die Rente muss den Lebensstandard sichern:

- Das Rentenniveau muss wieder auf 53 Prozent erhöht werden.
- Die Riester-Rente wird abgeschafft. Bestehende Riester-Verträge werden in die gesetzliche Rentenversicherung übertragen.
- Der Bundeszuschuss für die gesetzliche Rentenversicherung wird um die eingesparte staatliche Riesterförderung von über 3 Milliarden Euro erhöht.

Die unter Konrad Adenauer (CDU) durchgeführte Reform der Altersrente hatte zum Ziel, den Lebensstandard im Alter zu sichern. Die Höhe der Beiträge richtete sich nach diesem Ziel. Das hat die rot-grüne Bundesregierung zu Beginn des Jahrhunderts mit ihrer Rentenreform geändert. Seither ist das oberste Ziel – nicht zuletzt im Interesse der Arbeitgeber – die Beiträge gering zu halten. Zu diesem Zweck beschloss die Schröder-Fischer-Regierung massive Rentenkürzungen:

2001 lag die Höhe der Renten bei 53 Prozent der Löhne, heute liegt sie bei 48 Prozent, 2030 wird sie nur noch bei 43,7 Prozent liegen (Standardrente im Vergleich zum durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommen). Eine Rente von ehemals 1.000 Euro wird dann nur noch 800 Euro wert sein. Das bedeutet, dass selbst Menschen mit mittlern Einkommen nur eine Rente in Höhe der Grundsicherung erreichen, die das Sozialamt sowieso bezahlt.

Den Verlust durch die Rentenkürzungen sollten die Versicherten durch staatlich geförderte private Riester-Verträge ausgleichen. Darüber freuen sich neben den Versicherungen auch die Arbeitgeber. Denn sie sind anders als bei der gesetzlichen Rentenversicherung an der Finanzierung der privaten Versicherungen nicht beteiligt. Ihren Zweck erfüllen die privaten Riester-Verträge nicht: Von den 16 Millionen Riester-Verträgen, die seit Einführung abgeschlossen wurden, sind 20 Prozent ruhend gestellt. Nur 6,4 Millionen Inhaber von Riester-Verträgen erhalten die volle staatliche Riester-Förderung. Die übrigen leisten zu geringe Eigenbeiträge. Die staatliche Förderung kommt folglich hauptsächlich Menschen mit höheren Einkommen zugute. 30 Prozent der Beschäftigten verfügen über keinerlei zusätzliche Altersversorgung. Aber selbst wer einen privaten Riester-Vertrag hat, kann wegen der geringen Renditen nicht mit einem Ausgleich der Kürzungen rechnen.

Die Rente muss vor Armut schützen:

- Einführung einer solidarischen Mindestrente von 1.050 Euro netto, die aus den eigenen Beiträgen und aus Steuermitteln finanziert wird.
- Der Zugang zur Erwerbsminderungsrente muss erleichtert werden. Die Abschläge müssen abgeschafft werden. Wer wegen Krankheit nicht mehr arbeiten kann, darf nicht mit Abschlägen für „vorzeitige Inanspruchnahme“ bestraft werden.
- Langzeitarbeitslose müssen grundsätzlich wieder in die Rentenversicherung einbezogen werden. Arbeitslosigkeit darf nicht automatisch zu Altersarmut führen.
- Kindererziehungszeiten müssen einheitlich mit drei Entgeltpunkten (Beitragsjahren) angerechnet werden, egal, ob die Kinder vor oder ab 1992 geboren wurden.

Schon heute erhalten 43,6 Prozent aller Rentnerinnen und Rentner Renten unter 700 Euro. Die durchschnittlich gewährte Grundsicherung im Alter von 782 Euro (März 2015) liegt weit unter der offiziellen Armutsschwelle von derzeit 1.063 Euro. Menschen, die länger arbeitslos waren, im Niedriglohnsektor arbeiten, Kinder betreuen oder Angehörige pflegen, haben kaum eine Chance auf eine Rente über dem Armutsniveau.

Jeder Mensch verdient einen gesicherten Ruhestand, egal wie viel oder wie lange er oder sie Beiträge gezahlt hat. Menschen, deren Beiträge nicht für eine auskömmliche Rente reichen, müssen aus Steuermitteln finanzierte Zuschüsse erhalten.

Schlimm sieht es auch bei der Erwerbsminderungsrente für Menschen aus, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten können: Derzeit wird ungefähr jeder zweite Antrag auf Erwerbsminderungsrente abgelehnt. Pro Monat „vorzeitiger Inanspruchnahme“ der Erwerbsminderungsrente werden 0,3 Prozent abgezogen, maximal 10,8 Prozent. Bei 96 Prozent aller neuen Erwerbsminderungsrentnerinnen und -rentner wird der Höchstabschlag von 10,8 Prozent (durchschnittlich 78 Euro) abgezogen.

Rente spätestens ab 65 ohne Abschläge für alle:

- Die Rente erst ab 67 muss rückgängig gemacht werden. Alle Versicherten können spätestens mit 65 ohne Abschlag in Rente gehen.
- Wer 40 Jahre Beiträge gezahlt hat, soll ab 60 abschlagsfrei in Rente gehen können.
- Die staatliche Förderung der Altersteilzeit wird wieder eingeführt.

Das Renteneintrittsalter steigt schrittweise auf 67 Jahre (Jahrgang 1964). So heben es SPD und Grüne geschlossen. Derzeit sind aber nur 14 Prozent der 64-Jährigen in einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Die Rente erst ab 67 wirkt deshalb wie eine zusätzliche Rentenkürzung. Ganz abgesehen davon, dass Berufe mit großer physischer oder psychischer Belastung nicht so lange ausgeübt werden können: Wer erwartet ernsthaft, dass eine Dachdeckerin noch mit 67 auf dem Baugerüst klettern kann.

Auch die sogenannte „Flexirente“, die die gegenwärtige Bundesregierung beschlossen hat, ändert daran nichts: Sie folgt dem Leitbild der „arbeitenden Rentner“. Schon jetzt haben fast eine Million Menschen ab 65 Jahren neben Ihrer Rente einen Minijob. Sie müssen trotz Rente arbeiten. Künftig müssen Arbeitgeber für beschäftigte Rentner nach der Regelaltersgrenze keine Sozialabgaben mehr bezahlen. CDU und SPD schaffen damit einen neuen Niedriglohnbereich für Ältere. Dies könnte als Vorbereitung auf die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 70 Jahre dienen.

Die Rente muss solidarisch finanziert werden:

- Alle Erwerbstätigen zahlen in die Rentenversicherung ein, auch Selbständige und Beamtinnen und Beamte.
- Die Beitragsbemessungsgrenze, ab der für Einkommen keine Beiträge gezahlt werden müssen, wird abgeschafft.
- Die Renten von Spitzenverdienern werden gleichzeitig abgeflacht.
- Die Rente wird wieder zu gleichen Teilen von Arbeitgebern und Versicherten finanziert.
- Gesamtgesellschaftliche Aufgaben wie zum Beispiel die sogenannte „Mütterrente“ mit über 6 Milliarden Euro pro Jahr werden nicht mehr aus Beiträgen, sondern aus Steuermitteln bezahlt.

Oft wird behauptet, dass die Rente zu Lasten der jungen Generation geht. In Wirklichkeit werden die bereits beschlossenen Rentenkürzungen vor allem zu Lasten der jungen Generationen gehen, die für sinkende Renten steigende Beiträge bezahlen müssen. Der Gegensatz besteht nicht zwischen „Jung“ und „Alt“, sondern zwischen „Arm“ und „Reich“, zwischen „Arbeit“ und „Kapital“. Die Arbeitgeber wurden von der Finanzierung der Rentenversicherung erheblich entlastet.

Wir brauchen eine solidarische Rentenversicherung aller Erwerbstätigen, in die also auch Beamtinnen und Beamte sowie Selbständige einzahlen. Dadurch kann die Finanzierung der Rente auf Dauer gesichert werden. Wenn alle in die Rentenversicherung einzahlen und auch Spitzenverdiener ohne Beitragsbemessungsgrenze zur Finanzierung der Rente herangezogen werden, dann hat jeder und jede die Möglichkeit in sozialer Sicherheit alt zu werden. Unterdurchschnittliche Renten werden angehoben, während sehr hohe Renten abgeflacht werden. Das Prinzip der Solidarität muss wieder Grundlage der Rentenversicherung werden. Die Arbeitgeber müssen wieder zur Hälfte an den Beiträgen zur Rentenversicherung beteiligt werden.

2. Höhere und sichere Renten! Am 24. September DIE LINKE wählen! – Flugblatt

Für höhere und sichere Renten!

Die Rente muss den Lebensstandard sichern!

2001 lag die Rente nach 45 Versicherungsjahren bei 53 Prozent des jeweiligen Lohns, heute nur noch bei 48 Prozent. Bis 2030 wird sie auf 43,7 Prozent sinken. Eine Rente von ehemals 1.000 Euro wird nur noch 800 Euro wert sein. Selbst Menschen mit mittleren Einkommen können nur noch eine Rente in Höhe der Grundversicherung erreichen, die das Sozialamt ohnehin bezahlt. Wir meinen: Das ist sozial ungerecht. Die private Riester-Rente deckt wegen der geringen Renditen diese Verluste nicht. Außerdem können sich die Wenigsten einen Riester-Vertrag überhaupt leisten.

Wir bleiben dabei: Die Rente muss den Lebensstandard sichern. Deshalb muss das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent angehoben werden. Die Riester-Rente wird abgeschafft, bestehende Verträge in die gesetzliche Rentenversicherung übertragen.

Die Rente muss vor Armut schützen!

Jeder Mensch verdient einen gesicherten Ruhestand. Egal wie viel und wie lange er oder sie Beiträge gezahlt hat. Wer länger arbeitslos ist, seine Erwerbstätigkeit für Kindererziehung oder Pflege von Angehörigen unterbricht oder zum Niedriglohn arbeiten muss, hat kaum eine Chance auf eine Rente über dem Armutsniveau. Denn die durchschnittlich gewährte Grundversicherung im Alter von 782 Euro (März 2015) liegt unter der offiziellen Armutsschwelle von derzeit 1.063 Euro. Dass Rentnerinnen und Rentner in unserem reichen Land in Armut leben, nehmen wir nicht hin!

Deshalb fordern wir: Eine solidarische Mindestrente in Höhe von 1.050 Euro, die aus den eigenen Beiträgen und aus Steuermitteln finanziert wird. Müttern und Vätern sollen grundsätzlich drei Jahre Erziehungszeit angerechnet werden.

Rente spätestens ab 65 für alle!

Aktuell sind nur 14 Prozent der 64-jährigen in einer Sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Die Rente erst ab 67 wirkt deshalb wie eine



zusätzliche Renten Kürzung. Ein Krankenpfleger kann mit 67 nicht mehr schwer heben. Eine Dachdeckerin kann mit 67 nicht mehr auf dem Baugerüst klettern. Wer das nicht einsieht, hat keine Ahnung, wie schwer ihre Arbeit ist!

Wir fordern deshalb:

Alle sollen in die Rentenversicherung einzahlen, auch Selbständige und Beamtinnen und Beamte. Die Beitragsbemessungsgrenze, ab der für Einkommen keine Beiträge gezahlt werden müssen, muss abgeschafft werden. Die Renten von Spitzenverdienern werden gleichzeitig abgeflacht. Die Rente wird wieder zu gleichen Teilen von Arbeitgebern und Versicherten finanziert.

U.S.G.P.: Achim Kessler, Altheimerweg 2-4, 60311 Frankfurt am Main

Für höhere und sichere Renten: Am 24. September DIE LINKE wählen!



Altheimerweg 2-4
60311 Frankfurt am Main
Tel.: 069-706502
E-Mail: info@die-linke-hessen.de
www.die-linke-hessen.de

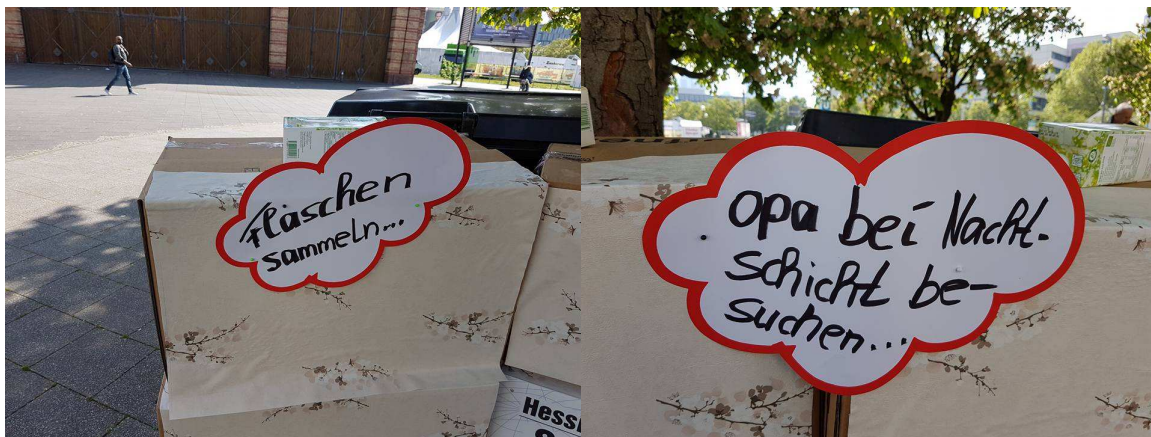


3. „Wo ist Oma?“ - Straßenaktion

Aktionsbeschreibung:

Mit der Straßenaktion „Wo ist Oma?“ wollen wir darauf hinweisen, dass Altersarmut nicht abstrakt ist, sondern konkrete Menschen betrifft. Passantinnen und Passanten bleiben stehen, um sich die Aktion anzuschauen und können leicht angesprochen werden.

Vor einer Wand aus Umzugskartons, die mit einer altertümlichen Tapete bezogen sind, steht ein Schaukelstuhl mit einer Decke oder einem Lammfell. Im Schaukelstuhl ist ein Schild mit der Frage „Wo ist Oma?“. Neben dem Schaukelstuhl steht ein antiquiertes Tischchen mit einer Lampe und einer Blume. (Der Fantasie bei der Gestaltung sind keine Grenzen gesetzt, wichtig, ist, dass die Neugier angeregt wird, das Ganze zu betrachten!). An der Wand sind Sprechblasen angebracht mit den Antworten auf die Frage: „Flaschen sammeln ...“, „Zeitungen austragen ...“, „Opa bei der Nachtschicht besuchen ...“ „Beim Amt: Aufstockung beantragen ...“



(Damit die Kartonwand nicht weggeweht wird, die unteren Kartons innen beschweren und die Kartons über die Seiten zusammenzurren.)

4. Musterpresseerklärung zur Ankündigung der Straßenaktion „Wo ist Oma?“

Presseerklärung

„Wo ist Oma?“ – Straßenaktion gegen Altersarmut am 6. Mai

Mit einer Straßenaktion unter dem Titel „Wo ist Oma?“ macht DIE LINKE. XYZ auf die zunehmende Altersarmut aufmerksam und stellt ihre Vorschläge für höhere und sichere Renten vor:

Am XXtag, dem XX. XX. 2017, um XX Uhr, auf dem XX-Platz

„Über eine Million Rentnerinnen und Rentner arbeiten zusätzlich in einem Minijob. Mit der Flexirente hat die Bundesregierung Arbeitgeber von den Sozialabgaben für Rentnerinnen und Rentner freigestellt. Zulasten der Jüngeren wird so ein neuer Niedriglohnsektor geschaffen, anstatt die Rente zu erhöhen, damit sie wieder die Existenz sichert. Wir fordern insbesondere die Erhöhung des Rentenniveaus auf mindestens 53 Prozent, die Rücknahme der Rente erst ab 67 sowie die Einführung einer einheitlichen Rentenversicherung für alle Erwerbstätigen“, erklärt XYZ, Direktkandidatin der Partei Die LINKE im Wahlkreis XYZ.

„Zudem brauchen wir dringend eine solidarische Mindestrente von 1.050 Euro, damit niemand im Alter unter die offizielle Armutsgrenze sinkt. Jüngere und Ältere dürfen nicht länger gegeneinander ausgespielt werden. Wenn alle Erwerbstätigen in eine solidarische Rentenversicherung einzahlen und die Arbeitgeber wieder die Hälfte der Beiträge übernehmen, ist soziale Sicherheit im Alter wieder für alle möglich. Das kommt allen Generationen zugute.“

Bitte kündigen Sie die Straßenaktion in Ihrer Zeitung an. Wir freuen uns, Sie bei der Aktion zu begrüßen!

5. Liste von Referentinnen und Referenten für die Veranstaltungen

Matthias W. Birkwald, MdB

DIE LINKE. im Bundestag,
Rentenpolitischer Sprecher
030 227-71215

matthias-w.birkwald@bundestag.de

Axel Gerntke

Gewerkschaftssekretär
Vorsitzender DIE LINKE. Frankfurt am Main
01605330361

axel.gerntke@igmetall.de

Dr. Achim Kessler

Landesvorstand DIE LINKE. Hessen
Sozialpolitischer Sprecher
0172 1417195

achim-kessler@die-linke-hessen.de

Marjana Schott, MdL

DIE LINKE. im Hessischen Landtag
Sozialpolitische Sprecherin
0611 350-6072

m.schott@ltg.hessen.de

6. Eindruckplakat zur Ankündigung der Podiumsdiskussionen



DIE LINKE.

www.die-linke-hessen.de

7. Musterpresseerklärung zur Ankündigung der Veranstaltungen

Sehr geehrte Damen und Herren,

bitte kündigen Sie unsere Veranstaltung „Höhere und sichere Renten!“ in Ihrer Zeitung an. Wir freuen uns, Sie bei der Veranstaltung zu begrüßen und wenn Sie darüber berichten.

Mit freundlichen Grüßen,

XYZ

Pressesprecherin

DIE LINKE. Kresiverband XYZ

Höhere und sichere Renten!

XYZtag, XX. XX. 2017, XYZhaus, XYZ-Saal, XYZ-Straße 69-77, XYZhausen

Die große Koalition kapituliert vor der wachsenden Altersarmut. Was bisher ausgehandelt wurde, ist ein rentenpolitisches Versagen und verhöhnt die Lebensleistung von Millionen von Menschen. Die gesetzliche Rente darf nicht zerstört werden und muss für ein menschenwürdiges Leben reichen.

Welche Lösungen gibt es? Wie können wir dafür an einem Strang ziehen?

Darüber diskutieren:

XYZ, Gewerkschaftssekretär, ver.di/IG Metall/GEW/DGB/... XYZ

XYZ, Vorsitzende Arbeiterwohlfahrt/VdK/... XYZ

XYZ, Direktkandidat im Wahlkreis XYZ für den Bundestag, DIE LINKE. XYZ

XYZ, Moderation, DIE LINKE. XYZ